



Pressemitteilung vom 23. Januar 2019

### **Wenn Beamte sich zu Laufburschen ratloser Politiker machen lassen – über die Beobachtung der AfD durch den Inlandsgeheimdienst**

**Stuttgart.** Am 22. Januar 2019 berichtet die Tageszeitung „Tagesspiegel“, in Bayern würden die AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ (JA) und die mit dem Thüringer Björn Höcke assoziierte informelle Gliederung „Der Flügel“ vom dortigen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) „als Beobachtungsobjekte bearbeitet“ (siehe den Link zum Artikel in der Anlage dieser PM). Damit stünden dem dortigen LfV auch „nachrichtendienstliche Mittel“ wie der Einsatz von V-Leuten und Observation zur Verfügung. Auch habe das Bundesamt für Verfassungsschutz die JA und den „Flügel“ zu Verdachtsfällen erklärt, die gesamte Partei zu einem „Prüffall“ erklärt. Auch das baden-württembergische Landesamt habe der Zeitung mitgeteilt, der Landesverband der AfD werde bereits seit September 2018 als „Prüffall“ behandelt, was man aber nicht öffentlich gemacht habe. Nun wollen sich die Chefs der Landesämter am kommenden Mittwoch in Köln mit dem Chef des Bundesamtes, Thomas Haldenberg, treffen und ihr weiteres Vorgehen beraten.

### **Verfassungsbruch Merkels wird legalisiert – merkwürdigerweise interessiert sich kein Amt**

„Wissen Sie, es war jetzt seit gut zwei Monaten absehbar, dass die Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes für politische Abrechnungen ins Haus steht, sobald die Herrschaften nicht mehr weiterwissen. Eine Gewaltenteilung gibt es in diesem Land nicht mehr, wenn es im Interesse der Regierenden gegen die demokratische Opposition geht und das Vorgehen wird immer primitiver und schamloser. An der Wahlurne sind unsere Gegner nicht konkurrenzfähig, deshalb suchen sie uns zu kriminalisieren. Ich hätte früher nie geglaubt, dass sie so tief sinken – mittlerweile ist alles möglich. Merkel hat vor den Augen aller Institutionen des Rechtsstaates Artikel 16a des Grundgesetzes mit einem persönlichen Willkürakt gebrochen. Kein Amt hat seither die Verfassung vor dieser Frau geschützt, nein, alle Verfehlungen und Gesetzesbrüche wurden nachträglich legalisiert“, meint dazu Emil Sänze, AfD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Rottweil und Presse-, Medien- und Rundfunkpolitischer Sprecher sowie Vorsitzender des Arbeitskreises Europa seiner Fraktion. „Ich kannte derartige Machenschaften bislang nur aus den Nachfolgestaaten der UdSSR, der Nazizeit oder der DDR eines Erich Mielke. Das Land musste erleben, dass der integre Geheimdienstchef Maaßen Hals über Kopf entlassen und durch einen Willigeren ersetzt wurde, weil er die Sprüche der Kanzlerin zu den angeblichen Hetzjagden in Chemnitz als haltlos bloßgestellt und vor Linksradikalen in der SPD gewarnt hat. Maaßen wollte offenbar für einen schicken schwarzen Mantel, eine Aktentasche und eine Dienstlimousine nicht auf einer Freitreppe posieren und sich verzückt lächelnd von Seehofer verbal den Kopf tätscheln und als brav loben lassen. Maaßen wollte sich nicht zum Laufburschen eines Innenministers machen, der sich bei all seinen markigen Sprüchen niemals auch nur einen Moment gegen die Willkürakte der Kanzlerin durchsetzen konnte und den seine eigene Partei jetzt verdienstermaßen kaltgestellt hat. Er wollte nicht kriechen und wurde gegangen. Und für eine Spitzelmentalität finden sich in Deutschland stets Diener und Herren, das war schon einem Schiller klar.“

## **Einschüchterung demokratischer bürgerlicher Andersdenkender durch bemerkenswerte Personenverbände hinter der Fassade staatlicher Stellen**

„Persönlich tut mir der Chef des Bundesamtes leid, der sich für diese Machenschaften hergibt. Jetzt haben diese Leute angeblich ein Jahr lang geprüft, ein Gutachten von mehr als 460 Seiten verfasst, Aussagen an die Medien durchgeraunt – aber in einem Rechtsstaat würde ich da doch erwarten, dass man nach einem Jahr Prüfung etwas Gerichtsfestes hat und die Angeschuldigten damit konfrontiert“ so der Abgeordnete weiter. „Hätten die Ämter solches Material, dann wäre dies längst passiert. Stattdessen fahren sie eine billige Politik der Angstmache: Beamte, die AfD-Mitglieder sind, sollen um ihre Pension fürchten müssen. Jugendliche, die sich demokratisch in der Nachwuchsorganisation einer politischen Partei engagieren, sollen um ihre berufliche und gesellschaftliche Zukunft fürchten müssen. Potentielle Wähler sollen eingeschüchtert werden gegenüber einer demokratisch verfassten und allein in Baden-Württemberg von gut 800 000 Wählern legitimierten Partei, von der hier quasi dauernd geraunt wird, sie verfolge womöglich verfassungswidrige Bestrebungen. Dieses Schauspiel ist so durchsichtig und jämmerlich, dass die Worte fehlen. Unsere politischen Freunde werden von Straßenschlägern eingeschüchtert, genehmigte Versammlungen gestört, Volksvertreter zusammengeschlagen und dann noch medial als ‚selber Schuld‘ dargestellt. Die ehemalige Stasi-IM Anetta Kahane leitet die umstrittene Amadeu-Antonio-Stiftung, die von der Bundesregierung mit gut einer Million Euro gefördert wird. Bundesminister schreiben für die bizarren Kampfbroschüren dieser ‚Stiftung‘ sehr gerne Vorworte. Der Präsident des Thüringer LfV, Stephan Jochen Kramer, ehemals Generalsekretär des Zentralrats der Juden und als solcher ein ziemlicher Scharfmacher, wurde in äußerst großzügiger Auslegung der Einstellungsvoraussetzungen in sein Amt berufen, ohne über die geforderte Befähigung zum Richteramt zu verfügen. Er ist als amtierender Geheimdienstchef gleichzeitig Mitglied des Stiftungsrats der von einer ehemaligen Stasi-IM gegründeten, äußerst aggressiv gegen bürgerliche und nationalkonservative Kräfte auftretenden Amadeu-Antonio-Stiftung – wie passt eine solche Verflechtung zu einem derart verantwortungsvollen öffentlichen Amt? Und warum übergeht die Presse diesen Klüngel zwischen staatlichen Strukturen und umstrittenen ‚Aktivisten‘ geflissentlich? Und zugleich ist Kramer derjenige, der den Reigen der ‚Prüffälle‘ eröffnet hat.“

## **Personenverbände auch in Baden-Württemberg**

„Zu guter Letzt noch einige Worte über Baden-Württemberg“, resümiert Sänze. „Auch hier wird ja vordergründig auf respektabel gemacht: Erstmals in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus haben wir aber erlebt, dass Oppositionsabgeordnete – gewählte Volksvertreter - von der Polizei aus einer Sitzung entfernt werden, von der Presse noch selbstgerecht bis hämisch kommentiert. Wir erleben, wie ein Verfassungsgerichtshof einen solchen Willkürakt billigt und diese Abgeordneten damit für drei Sitzungen von der Teilnahme an Abstimmungen des Parlaments ausgeschlossen werden. Wir haben einen Ministerpräsidenten Kretschmann, der sich wie ein absoluter Fürst geriert und die Wähler der stärksten Oppositionspartei, seine Landeskinder, öffentlich als ‚Bodensatz‘ bezeichnet hat. Dieser heutige Ministerpräsident war in seiner wilden Jugend ein bedeutender KBW-Aktivist und musste sich als Lehramtskandidat sogar persönlich erklären, um dem damals gültigen Radikalenerlass zu entgehen. Das sind die Menschen, die heute unsere JA beobachten lassen. Wir haben einen Innenminister Strobl, der der Schwiegersohn des heutigen Bundestagspräsidenten Schäuble ist – des Mannes, der mit Sicherheit mehr Geheimnisse dieser Republik kennt als andere, auch was die Geschichte der RAF betrifft. Ich empfehle Ihnen da, einmal das Buch von Professor Buback und dessen Vermutungen mit Hinblick auf die Terroristin Verena Becker und den Verfassungsschutz zu lesen. Die Gattin des Innenministers und Tochter des heutigen Bundestagspräsidenten, Christine Strobl, leitet die Degeto Film GmbH, eine Tochter der ARD, die Programminhalte der ARD produziert und einkauft. Nun möchte ich Ihnen nur drei Fragen stellen. Denken müssen Sie freilich selbst: 1. Von welchen Personenverbänden hinter den staatlichen Einrichtungen gehen tatsächlich Gefahren für die Gewalt-

tenteilung und damit für unsere Verfassung aus? 2. Sind wir ein demokratischer Rechtsstaat oder ein partei-dynastischer Interessenstaat? Und 3. Die politische Dramatisierung, Instrumentalisierung staatlicher Einrichtungen durch Interessenverbände, die Einschüchterung Andersdenkender durch die Perspektive, für seine demokratische Meinung Job und gesellschaftliche Stellung zu verlieren – gibt es sie nur in Ländern wie der Türkei oder der Ukraine?“

**Anlage:**

<https://www.tagesspiegel.de/politik/beobachtung-durch-verfassungsschutz-auch-bayern-und-baden-wuerttemberg-pruefen-afd/23897132.html>